

**Klaus Blessing**

***„Der Kampf gegen Sozialabbau,  
für die Durchsetzung der  
im Grundgesetz enthaltenen  
Grundrechte,  
Schlussfolgerungen aus der  
Zuspitzung der sozialen Krise“***

**Rede zur Aktionskonferenz der KPD  
am 17. Mai 2008**

Die Broschüre kann bestellt werden (3 Euro + Versand)  
bei

Dr. Klaus Blessing  
Regensburger Str. 24  
15738 Zeuthen  
Tel./ Fax 033762 – 92040  
E-mail: [k.blessing@arcor.de](mailto:k.blessing@arcor.de)

Oder im Internet abgerufen werden unter  
[www.klaus-blessing.de](http://www.klaus-blessing.de)

**Vorabdruck**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

### Der Ausgangspunkt: Das Grundgesetz der BRD

*Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.(Art.1)*

*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.(Art. 20)*

Das sind die staatstragenden Aussagen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Während die formale Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie in unzähligen Einzelartikeln verankert ist, sucht man jedoch vergeblich nach einer rechtlichen Festschreibung sozialer Grundrechte.

Die Begründung dafür liefert mit messerscharfer juristischer Logik der oberste Hüter über die Einhaltung dieses Grundwerkes bundesdeutscher Gesetzlichkeit, der jetzige Präsident des Verfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier. Er meint:

*Die rechtliche Konstruktion sozialer Grundrechte geht nämlich nur in einem bestimmten, letztlich sozialistischen Gesellschaftsmodell mit einer Zentralverwaltungswirtschaft auf, das sich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gerade nicht zu eigen gemacht hat.<sup>1</sup>*

Der Mann hat recht und unrecht zugleich. Recht hat er, wenn er erkennt, dass die Durchsetzung sozialer Grundrechte eine andere Gesellschaftsordnung als die der Bundesrepublik erfordert. Unrecht hat er, wenn er behauptet, dass eine solche Ordnung mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Offenkundig kennt er die höchstrichterliche Rechtsprechung seiner Vorgänger nicht – oder will sie nicht kennen. Beides ist seinem Amt nicht gerade zuträglich. Seine Amtsvorgänger urteilten am 20.Juli 1954

*Die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung ist zwar eine nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung, **keineswegs aber die allein mögliche.***

Ein fatales Vermächtnis für Papier und seine Gesinnungsgenossen in Amtsstuben von Regierungsparteien und Justiz! Unserem obersten Verfassungshüter geht es auch um ganz anderes. Er fabuliert in der FAZ:

*Der Gesetzgeber kann den Sozialstaat neuen Gegebenheiten anpassen und gegebenenfalls auch rückbauen. Er muss dabei die Grundrechte und rechtsstaatlichen Prinzipien beachten. Es gibt aber kein allgemein verfassungsrechtliches Verbot eines Rückbaus.<sup>2</sup>*

Solcher Art von Grundgesetzinterpretation ist Wasser auf die Mühlen und Schützenhilfe für die Politik. Der Herr Bundespräsident pflichtet in einem Interview im Deutschlandfunk sofort bei:

*Wir müssen ein neues Verhältnis finden in der Tat zwischen kollektiver Absicherung und Eigenverantwortung.<sup>3</sup>*

Die Agenda 2010 reicht ihm nicht, er fordert eine Agenda 2020. Die Bundesregierung lässt umgehend erklären, dass sie den Denkanstoß des Herrn Bundespräsidenten sehr ernst nimmt, denn Reformen ziehen sich ohnehin wie ein roter Faden durch die Politik der Bundesregierung.<sup>4</sup>

Wir stehen also, liebe Genossinnen und Genossen, ganz eindeutig vor der nächsten Etappe der Aushöhlung des Sozialstaatsprinzips des Grundgesetzes, vor dem

---

<sup>1</sup> Zitiert von Ursula Weidenfeld im Tagesspiegel vom 20.1.2008

<sup>2</sup> zitiert in NachDenkSeiten vom 19.6.06

<sup>3</sup> Interview in der SuperIllu vom 18.6.06

<sup>4</sup> Regierungssprecher Ulrich Wilhelm im Tagesspiegel vom 17.4.2008

weiteren Abbau sozialer Werte, geschützt durch Rechtsbeugung von den obersten Verfassungshütern. Darüber sollten die kleinen Wahlgeschenke und die wetteifernden sozialen Profilierungsgebaren von Beck, Huber, Rüttgers oder anderen machtgerigen Politikern nicht hinwegtäuschen.

### Der Abbau des Sozialstaates

Ziehen wir zunächst ein kurzes Resümee über die Verletzung der Sozialstaatlichkeit und den gravierenden Sozialabbau in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die BRD war nie ein Sozialstaat. Sie war von Anfang an ein kapitalistisches Staatswesen. Und Kapitalismus und Sozialstaat sind nicht zwei Seiten einer Medaille, sondern diametrale Gegensätze. Aber die BRD war durch die sozialistische Alternative in der DDR gezwungen, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen. Angesichts einer durch Volksentscheid bestätigten Verfassung in der DDR, in welcher in Übereinstimmung mit der Europäischen Sozialcharta das Recht auf Arbeit, gleiches Recht auf Bildung, unentgeltliche medizinische Versorgung, bezahlbaren Wohnraum und andere soziale Rechte nicht nur verfassungsmäßig garantiert, sondern auch entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten realisiert wurden, musste der westdeutsche Staat reagieren. Er tat es durch schnelle wirtschaftliche Aufpflanzung mit Hilfe des Marshallplanes, durch Abwerbung von Millionen ausgebildeter arbeitsfähiger Menschen aus der DDR und kleidete das in die Mär einer „Sozialen Marktwirtschaft“, als deren Vater Ludwig Erhard gilt.

Selbst der Spiegel muss feststellen:

*Erhard profitierte von anderen Besonderheiten jener Zeit: Da waren vor allem der ungeheure Zustrom von vielfach gut ausgebildeten Vertriebenen; sie setzten ihre ganze Kraft ein, sich ein neues Leben aufzubauen. Mit ähnlichem Elan gingen die Übersiedler aus der DDR ans Werk: Ärzte, Lehrer oder Ingenieure, die qualifiziert und leistungswillig waren.*<sup>5</sup>

Aber Ludwig Erhard postulierte – aus welchen Gründen auch immer - das Grundprinzip „Sozialer Marktwirtschaft“:

*Ich will jeden Zweifel beseitigt wissen, dass ich eine Wirtschaftsordnung anstrebe, die immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen vermag.*<sup>6</sup>

Wir kommen nicht umhin zu konstatieren, dass die Einheit von Marshallplan, Abwerbung und Marktwirtschaft die BRD bis Mitte der 70-er Jahre nicht nur als Staat zur Wirtschaftsmacht geführt, sondern auch Wohlstand für eine Vielzahl ihrer Bürger gebracht hat.

Danach – ab Mitte der 70-er Jahre - ging es bergab. Durch die rasante Ausbreitung der Globalisierung und insbesondere nach dem Wegfall der sozialistischen Konkurrenz in den 90-er Jahren fielen alle Schranken. Der Präsident des DIHT Ludwig Georg Braun bekennt mit frappierender Offenheit:

*Wir mussten wegkommen von dem Glauben, dass die soziale Marktwirtschaft mit der Überbetonung „sozial“ immer noch das führende Ideal einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist. Die soziale Marktwirtschaft war ein kluges Modell des Aufbaues nach dem Krieg. Damals mussten alle zusammenstehen. Das sprach für einen Korporatismus, der Stabilität gewährleistet. Heute ist das so nicht mehr anwendbar.*<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Spiegel 52 - 2005

<sup>6</sup> Ludwig Erhard „Wohlstand für alle“, Econ-Verlag 200, Seite 229

<sup>7</sup> Tagesspiegel 5. Februar 2001

Diesem Credo entsprechend erfolgte in der Bundesrepublik nach Erhard und Brandt durch die Regierungen Kohl – Schröder – Merkel im Schlepptau der neoliberalen Politik von Reagen und Thatcher, als Folge der von diesen initiierten Freigabe der internationalen Kapitalmärkte und in Umsetzung der globalen Erpressungspolitik von Bush auch in der BRD ein radikaler Sozialabbau.

Ich beschränke mich auf einige wenige Fakten:<sup>8</sup>

Seit 1980 sinkt der Anteil von Nettolohn und Sozialleistungen – beides zusammen von Erhard als „Masseneinkommen“ bezeichnet - am geschaffenen nationalen Reichtum. Machten 1980 diese Masseneinkommen 61,6% des BIP aus, beträgt ihr Anteil 2006 noch 58,1%. Der Unterschied beträgt über 100 Milliarden Euro pro Jahr. Diese sind von den einfachen Menschen abgezogen und zusätzlich jährlich der Reichtumsschicht zugeführt worden.

Kein Wunder, dass infolgedessen die Vermögen der 10% Oberschicht in den letzten 10 Jahren um 150.000 € je Haushalt zugenommen und die der 10% Unterschicht um 6.000 € abgenommen haben. Fast 20% der deutschen Bevölkerung sind verschuldet.

Daraus ergibt sich der groteske Zustand, dass das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel des gesamten deutschen Volksvermögens besitzt, während zwei Drittel der Bevölkerung so gut wie nichts besitzen, von der Hand in den Mund leben. Dieser Zustand wird nicht nur zementiert, sondern ständig auf erweiterter Stufenleiter ausgebaut. In den letzten 15 Jahren stiegen die Gewinne um 61%, die der DAX-Unternehmen allein in den letzten 10 Jahren um 85%. Die Bezüge der DAX-Vorstände stiegen in 4 Jahren um 62%.

Dabei sollten wir uns im klaren sein, dass die in letzter Zeit geschürte Hysterie über die Managergehälter vom eigentlichen Problem ablenken soll. Es geht auch, aber nicht vorrangig um die überhöhten und teils kriminellen Einkünfte von A - wie Ackermann -, über E - wie Esser - bis Z - wie Zumwinkel. Das eigentliche gesellschaftspolitische Problem sind die Milliarden schweren Nichtstuer, die im verborgenen die wirtschaftliche und politische Macht ausüben.

Die 300 reichsten Familien und Privatpersonen in Deutschland haben allein ein Vermögen von annähernd 400 Milliarden Euro zusammengeschart, macht im Durchschnitt 1,3 Mrd. € für jeden. Gearbeitet hat niemand von denen. Vielmehr mussten und müssen Millionen Menschen rund um den Erdball zu erbärmlichsten Bedingungen schuften, um den Reichtum dieser Clique zu mehren. Nicht wenige Milliarden dieser Vermögen haben einen braun gefärbten Anstrich aus Zwangsarbeit, Vernichtungslagern und Kriegsgewinnen.

Namen wie Gebrüder Albrecht (32 Mrd. €), Susanne Klatten (7,75), Familie Otto(5,40), Familie Porsche(5,10), Stefan Quandt(4,50), Friedrich Karl Flick(4,00), Friede Springer(2,75), Madeleine Schickedanz(2,20), Albert von Thurn und Taxis(2,00) und viele andere edle Geschlechter zieren die Liste der Schmarotzer am Volksvermögen. Es geht nicht vorrangig um Selbstverpflichtungen zur Begrenzung von Managergehältern, sondern um die Enteignung der Großaktionäre.

Ein kluger Kopf hat ausgerechnet, dass jeder dieser schmarotzenden Herrschaften im Durchschnitt 40 Jahre mit einem Stundenlohn von 36.834 € erarbeiten müsste, um ihr Vermögen anzusparen. Für den Spitzenreiter Karl Albrecht wären es 451.000 €, für einen der „Ärmsten“ unter ihnen, Leo Kirch 8.400 €. Dagegen nimmt sich doch

---

<sup>8</sup> Die Fakten sind offiziellen Statistiken, dem Spiegel, Tagesspiegel und Neuen Deutschland entnommen und werden nicht im einzelnen dokumentiert.

ein Stundenlohn mit 1.429 € von Herrn Ackermann, selbst wenn er rund um die Uhr arbeitet, geradezu kläglich aus.

Der Stundenlohn des Durchschnittsbürgers beträgt bei Vollzeitbeschäftigung 18,93 Euro je Stunde. Er sinkt seit Jahren. Der Reallohn bei den Beschäftigten sank in den letzten 10 Jahren auf 93%, bei dem ärmsten Teil der Bevölkerung auf 87%.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich millionenfache Einzelschicksale:

Der Hartz-IV-Empfänger, der sich entwürdigenden Prozeduren unterziehen muss, seine kärglichen Ersparnisse opfern und sein Intimleben preisgeben muss, um vom Beamten des Jobcenters einen Regelsatz von 4,25 Euro für Essen pro Tag genehmigt zu bekommen, den ein arroganter Berliner Finanzsenator für zu hoch hält und ihm einen billigeren Speiseplan verordnet.

Die Familie, die aus der Wohnung vertrieben wird, weil sie der Normgröße widerspricht und im schlimmsten Fall im Obdachlosenheim landet.

Der 1-Euro-Jobber, dem grundgesetzwidrig Zwangsarbeit verordnet wird, um seine Unterhaltsbezüge weiter zu bekommen.

Der Zeitarbeiter, der jede Arbeit, auch an entfernten Orten antreten muss, unterbezahlt und mit hoher Zeit für Anfahrwege, die ihm bei der Betreuung der Familie fehlen.

Die Millionen Menschen, die dank der Gesundheitsreform an Arzt- und Arzneikosten sparen müssen. Einer der schlimmsten Verleumder der DDR, der Theologe Richard Schröder, gab folgenden dummen Spruch von sich: *Für uns DDR-Bürger galt: „Weil Du in der DDR lebst, musst Du früher sterben.. . . Das war eine Zweiklassenmedizin.*

<sup>9</sup>

Die Zweiklassenmedizin der BRD hat er offenkundig noch nicht vereinnahmt. Nach wissenschaftlichen Angaben liegt die Lebenserwartung in der BRD bei der ärmsten Bevölkerungsschicht (unter 1500€ Bruttomonatseinkommen) fast 9 Jahre unter der der reichsten Schicht (über 4500 € Monatseinkommen). Arme Menschen können ihre schmale Rente 10,8 Jahre erleben, Reiche ihre satte Rente jedoch 18,2 Jahre genießen.<sup>10</sup>

### **Die besondere Entwicklung Ostdeutschlands**

Es ist keine „Ostalgie“, wenn wir feststellen, dass der Sozialabbau besonders verheerend im Osten Deutschlands wirkt. Artikel 106,3 über die Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet ist auch fast 20 Jahre nach dem Beitritt der DDR nicht annähernd erfüllt.

Der Osten Deutschlands ist nach wie vor ein Gebiet, das ökonomisch und sozial eigenständig nicht lebensfähig ist. Die Grundlage dazu wurde mit der weltgeschichtlich einmaligen Deindustrialisierung durch westliche Konzerne gelegt. Bis heute hat das Gebiet der ehem. DDR den höchsten Rückgang der Industrieproduktion aller ehemaligen RGW-Länder.

Hauptsächlich aus diesem Grunde liegen soziale Strukturen und soziale Leistungen nach wie vor unter dem westdeutschen Niveau. Die Bruttoverdienste betragen 70% des Westniveaus, die Nettoeinkommen 78%, der aktuelle Rentenwert liegt bei 88%.

Über 3 Millionen meist arbeitsfähige Menschen, in der Mehrzahl Frauen, haben seit 1989 den Osten verlassen. Trotzdem haben wir eine reale Arbeitslosenquote von fast 30%, in einigen Regionen noch höher. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um über 3 Millionen Menschen zurück gegangen.

---

<sup>9</sup> Tagesspiegel vom 15.9.2006

<sup>10</sup> Spiegel 6/2006

Die Geburtenrate wird weltweit nur noch vom Vatikan unterboten. Die Bevölkerung ist um fast 2 Millionen Menschen geschrumpft,

Alle diese verheerenden Tendenzen setzen sich fort. Renommiertere westliche Forschungsinstitute prognostizieren fast allen Regionen Ostdeutschlands „Hohe und höchste Zukunftsrisiken“. In der Presse macht bereits der Begriff von „der kontrollierten Verwilderung“ ostdeutscher Regionen die Runde. Das bedeutet, der Osten Deutschlands veraltet und stirbt aus.

Die Partei DIE LINKE hat diese Probleme kürzlich auf einer Ostkonferenz unter dem provokanten Titel „Überholen ohne einzuholen“ thematisiert. Mitglieder des OKV haben daran teilgenommen und offensiv und konstruktiv diskutiert, viel bewegt haben wir nicht.

Die Junge Welt stellte berechtigt fest: *Überholspur verfehlt, Alte Fragen, wenig neue Antworten, Mangelndes Erinnerungsvermögen war während des zweitägigen Kongresses weniger das Problem der Linkspartei. Eher der Blick in die Zukunft. Wer sich von der Konferenz neue politische Perspektiven für Ostdeutschland erhoffte, wurde enttäuscht.*

Deshalb hat sich der Präsident des OKV in einem Brief an die Partei DIE LINKE gewandt. Darin heißt es u.a.:

*Wir sehen die Notwendigkeit, unsere Stimme nicht nur zum Protest, sondern insbesondere zur Veränderung zu erheben. Besondere Bedeutung wird das zum 20. Jahrestag der Maueröffnung und der staatlichen Vereinigung haben. Der politische Gegner rüstet dazu bereits auf. Die CDU hat Mitte 2007 eine Kommission unter Leitung von Dagmar Schipanski gebildet. Wie nicht anders zu erwarten, soll die DDR-Geschichte grob entstellend als Diktatur verunglimpft und die Wirtschaftspolitik als Pleite interpretiert werden. Wir hielten es für erforderlich, uns nicht nur dagegen passiv zu verteidigen, sondern aktiv gegenzusteuern und die Auswirkungen der Deutschen Einheit auf die Menschen darzustellen und damit rechtzeitig an die Öffentlichkeit zu treten. Eine solche Aufgabe ist nur gemeinsam zu lösen.*

Diese Aufforderung beziehen wir nicht nur auf die gemeinsame Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE, sondern mit allen linken Kräften. Ich appelliere namens des OKV auch an die hier anwesenden Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten an einer solchen Aufgabe mitzuwirken.

### **Die „Neue Soziale Marktwirtschaft“**

Wir dürfen uns keiner Illusion hingeben. Wenn es nicht gelingt, dem Kapital und seinen Apologeten in den Arm zu fallen, wird der menschenfeindliche Kurs des Sozialabbaues nicht nur fortgesetzt, sondern weiter verschärft werden.

Die soziale Marktwirtschaft wurde und wird in „Neue Soziale Marktwirtschaft“ umfunktioniert. Deren Konzepte lesen sich so:

**Überschrift und Hauptaussage:** *Wachstumsmanifest. Warum Deutschland mehr Wachstum braucht. Wachstum ist der Maßstab. Ohne Wachstum ist jedes Versprechen sozialer Sicherheit auf Sand gebaut.*

**Inhalt:** *Der Sozialstaat darf die Wirtschaft nicht erdrücken. Deshalb müssen die Sozialabgaben endlich unter 40 Prozent sinken. - Warum eigentlich unter 40 Prozent, skandinavische Länder haben über 50%, sogar Frankreich und Italien weit über 40%. Wir alle müssen mehr Eigenverantwortung übernehmen. Natürlich!*

*In der gesetzlichen Pflegeversicherung müssen wir einen privaten Kapitalanteil einführen. In der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Eigenbeteiligung zu fördern. Die 35-Stundenwoche und die Frühverrentung waren Irrwege. - So, so?*

*Wir müssen wieder mehr arbeiten. – Wieso, brauchen wir noch mehr Arbeitslose?*

*Und dafür müssen der Arbeitsmarkt flexibler gemacht und das staatliche Regelwerk durchforstet werden. Dabei muss ein funktionierender Niedriglohnsektor geschaffen werden. - Wieso schaffen, den haben wir schon, die BRD ist im Anteil der Niedriglöhne europäische Spitze und liegt nur noch knapp hinter den USA.*

*Ein einfaches Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen belohnt die Leistungsträger. – Eben nicht, es belohnt die Industrie und die reichen Schmarotzer.*

*Die Einführung von Studiengebühren ist richtig. Für wen? Auf dass nur noch die reichen Eliten studieren!*

**Unterschrift:** *Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmen und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland.*

vertreten durch solche auserwählten „Sozialstrategen“ wie Prof Dr. Hans Tietmeyer, Prof. Dr. Rolf Peffekofen, Prof. Dr. Klaus Zimmermann <sup>11</sup>

Diese irreführenden Aussagen veranlassen mich, zu einigen Grundfragen Position zu beziehen.

### **Schafft Wachstum Wohlstand und Arbeit für alle?**

Diesem Irrglauben unterliegen offenkundig auch linke Politiker. Oskar Lafontaine erklärte auf der Ostkonferenz sinngemäß:

*Geht es der Wirtschaft gut, geht es mehr oder weniger allen gut. Deshalb reicht der wirtschaftliche Aufschwung nicht für den Abbau der Arbeitslosigkeit.*

Dass Wachstum nicht Wohlstand für alle schafft, habe ich schon dargelegt. Unkontrolliertes Wachstum reicher Industrienationen und in diesen agierenden multinationalen Konzernen schafft unermesslichen Reichtum für wenige Ausbeuter, steigert Profite und Aktienkurse, aber es nützt der Mehrzahl der Menschheit „mehr oder weniger“ überhaupt nichts. Im Gegenteil: Er zerstört ihre Lebensgrundlagen und vergrößert die Armut.

Wachstum schafft auch keine Arbeit. Das Triumphgeschrei der herrschenden Klasse über sinkende Arbeitslosigkeit und die Phantastereien des Bundespräsidenten, der Kanzlerin und ihrer angestellten Fachminister über eine künftige Vollbeschäftigung gehören in das Reich der Fabel.

Wachstum hat in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie Arbeit geschaffen, höchstens für ein, zwei Jahre. Dann hat Rationalisierung diese Effekte ausgeglichen und ins Gegenteil verkehrt, Arbeit wurde und wird eingespart.

Von 1960 bis 1990 stieg in der alten Bundesrepublik die wirtschaftliche Leistung auf das 2,5-fache. Das dafür notwendige Arbeitsvolumen ging absolut von 56,6 Mrd. Std. auf 48,7 Mrd. Std. , also um 13,5% zurück. Seit 1991 wuchs die wirtschaftliche Leistung auf 125%, das Arbeitsvolumen sank erneut um 5%.

Dass die Statistik weniger Arbeitslose ausweist, hat ganz andere Ursachen: Aus Vollzeitbeschäftigung wurde Teilzeit, Leiharbeit und Niedriglohn. Die Arbeitsplätze wurden aufgeteilt und wer wöchentlich 18 Stunden arbeitet, zählt als Erwerbstätiger.

Seit 1991 sank der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen von 77% auf 68%, die Teilzeitquote stieg von 15,7% auf 33,5%.

Innerhalb der letzten 10 Jahre arbeiten 6,5 Millionen Menschen mehr, insgesamt 18,7 Millionen Beschäftigte, in Teilzeit, befristet, Leiharbeit und als sog. Selbständige. Das sind fast 50% aller Erwerbstätigen.<sup>12</sup> Der Niedriglohnsektor wurde dementsprechend kräftig ausgebaut, innerhalb der letzten 10 Jahre von 15% auf 22,2% <sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> Wachstumsmanifest im Tagesspiegel vom 15.9.2006

<sup>12</sup> Spiegel 51/07

<sup>13</sup> Spiegel 7/2008

Das asoziale Ziel des sozialdemokratischen Bundeskanzlers wurde mit Hilfe der Reformen eines amoralischen VW-Managers glänzend umgesetzt:

Die Arbeitslosenstatistik wurde geschönt, die Löhne kräftig gesenkt, Menschen wurden in die Armut getrieben. Das Armutsrisiko ist dramatisch gestiegen, von 12 auf fast 20%.

Wir nähern uns amerikanischen Verhältnissen. Der Mensch braucht mehrere Jobs, um sein Leben noch bestreiten zu können.

Das entspricht dem Wesen des Kapitalismus. Das schlimmste, was dem Kapital passieren könnte, wäre Vollbeschäftigung. Das wissen wir seit Karl Marx. Profit braucht die industrielle Reservearmee, um den Preis der lebendigen Arbeit zu drücken.

### **Sind Sozialleistungen nicht mehr finanzierbar?**

Ständig wird uns suggeriert: Die Sozialleistungen sind nicht mehr finanzierbar. Besonders pervers: Ex-Verfassungsrichter Roman Herzog hetzt wieder einmal alt gegen jung aufeinander. Viele „Wissenschaftler“ vom Schlage Rürup, Sinn, Miegel beschwören das Menetekel einer demografischen Bombe an die Wand.

Das ist Volksverhetzung und reine Demagogie. Sozialleistungen sind auf Dauer finanzierbar, wenn der Reichtum gerechter verteilt wird. Kapitalistische Staaten brauchen kein Wachstum, sondern eine bedarfsgerechte Struktur der Güter und Dienstleistungen und eine gerechte Verteilung der Ergebnisse.

Das ständige Lamentieren um die zu hohe Abgabenbelastung ist Augenauswischerei. Deutschland liegt in der Abgabenquote (Steuern und Abgaben in Prozent des BIP) mit 42,9 % unter dem EU-Durchschnitt von 44,6% und weit hinter den nordischen Ländern, die bei 55% liegen. Eine Abgabenquote nach Schwedischen Verhältnissen würde ein zusätzliches Steueraufkommen von sage und schreibe 350 Mrd. € pro Jahr bedeuten und die Steinbrücksche Utopie eines Haushaltes ohne Schulden ebenso realistisch werden lassen, wie zusätzliche öffentliche Investitionen, bessere Löhne und Sozialleistungen. Das Ausspielen der Generationen nach Machart des Alt-Bundespräsidenten und Ex-Verfassungsrichters Roman Herzog ist üble Demagogie. Alle, ob alt oder jung, können ausreichend versorgt werden.

Warum sollten in einer Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung bei steigender Produktivität nicht alle Mitglieder der Gesellschaft ausreichend versorgt werden können?

Natürlich erfordert das ein grundsätzliches Umsteuern bei den Steuern. Wir dürfen nicht die immer weniger werdende Arbeit immer höher besteuern und dadurch künstlich weiter verteuern. Das hat in einen Teufelskreis von noch mehr Arbeit einsparen und Abgaben auf Arbeit noch weiter erhöhen geführt. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Wir müssen den Verbrauch von Ressourcen, hohe Vermögen, Gewinne und Erbschaften progressiv besteuern. Gewinnsteuern und Erbschaftssteuern liegen in Deutschland wesentlich unter dem internationalen Durchschnitt und sind seit Jahren rückläufig.

### **Verfassungsverrat**

Kehren wir zum Grundgesetz zurück. Ist die Würde des Menschen wirklich nicht angetastet? Oder ist sie nicht vielmehr elementar verletzt?

Müssen wir uns nicht anderen Artikeln des Grundgesetzes zuwenden?

### Artikel 14 Eigentum, Erbrecht, Enteignung

( 2 ) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

( 3 ) Eine **Enteignung** ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.

### Artikel 15 Sozialisierung

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, **in Gemeineigentum überführt** werden.

Die Landesverfassungen der Bundesländer sind noch konsequenter, sie lesen sich wie ein antikapitalistisches Märchen aus längst vergangenen Zeiten.

*Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen. (Art. 38)*

*Jeder Missbrauch wirtschaftlicher Freiheit – insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht – ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr solchen Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen. Die Entschädigung für das in Gemeineigentum überführte Vermögen wird durch Gesetz nach sozialen Gesichtspunkten geregelt. Bei festgestelltem Missbrauch wirtschaftlicher Macht ist in der Regel die Entschädigung zu versagen. (Artikel 39)*

*Mit Inkrafttreten der Verfassung werden*

- 1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,*
- 2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen (Artikel 41)*

*Das Vermögen und das Einkommen werden progressiv nach sozialen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der familiären Lasten besteuert. (Artikel 47)*

*Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit und, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht zur Arbeit. ( Artikel 27 und 28)*

*Das Arbeitsentgelt muss der Leistung entsprechen und zum Lebensbedarf für den Arbeitenden und seine Unterhaltsberechtigten ausreichen.(Art. 33)*

Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung! Auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums!

Eine sozialistische Verfassung! Wo gibt es das in deutschen Landen?

Die Artikel stammen aus der bis heute gültigen Verfassung des Bundeslandes Hessen. Im Dezember 1946 gab sich Hessen durch Volksabstimmung als erstes deutsches Bundesland eine neue Fassung. Versuche von Roland Koch, diese Verfassung zum 60. Jahrestag zu ändern, scheiterten. Andere Landesverfassungen beinhalten ähnliche, wenn auch nicht ganz so radikale sozialistische Festlegungen.

Es bedarf an Hand der tatsächlichen Entwicklung wohl keines Beweises mehr und auch die spitzfindigsten juristischen Verdrehungen des Herrn Papier können nicht aus der Welt schaffen, dass Grundgesetz der BRD und Landesverfassungen auf das

gröblichste verletzt werden. Sie werden im „Rechtsstaat BRD“ durch die herrschende Klasse ad absurdum geführt.

Der Unrechtsstaat Bundesrepublik Deutschland ruht auf drei Säulen:

1. fast 60 Jahre nach seiner Gründung besitzt dieser Staat keine demokratisch, vom Volk bestätigte Verfassung, sondern nur ein Provisorium: Das Grundgesetz. Dieses wurde von einem Parlamentarischen Rat unter Konrad Adenauer erarbeitet und in Kraft gesetzt und niemals vom Volk bestätigt. Wo gibt es das sonst auf der Welt?
2. Gegen die entscheidenden Aussagen dieses Provisoriums und in noch stärkerem Maße gegen die Landesverfassungen wurde und wird zunehmend durch Wirtschaft und Politik in eklatanter Weise verstoßen. Der Staat Bundesrepublik Deutschland entwickelt sich in eine diametral andere Richtung als es die Grundgesetzlichkeit vorsieht.
3. Die Rechtsprechung bis zur höchsten Instanz ist chaotisch. Rechtsbeugung und Rechtswillkür greifen unter dem Deckmantel des „Rechtsstaates“ um sich.

Folglich wären andere Artikel des GG anzuwenden:

*Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist – sagt Artikel 20, Abs. 4*

*Wer das Eigentum (Artikel 14) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt diese Grundrechte (des GG).*

Darum geht es uns. Der Verfassungsschutz observiert die Falschen. Nicht die in Partei- und Regierungszentralen agierenden Verletzer elementarer Bestimmungen des Grundgesetzes werden bespitzelt, gemäßregelt und drangsaliert, sondern Linke, die für die Einhaltung grundgesetzlicher Wesensmerkmale, nicht nur auf ökonomischem Gebiet, kämpfen. Es reicht eine Formulierung wie *Aufgabe der Linken wird es sein, den Bruch mit den Verhältnissen zu befördern und jungen Menschen wieder eine gesellschaftliche Perspektive zu bieten (Junge Welt)* um im Verfassungsschutzbericht unter „Linksextreme Bestrebungen und Verdachtsfälle“ eingestuft zu werden.

### **Wie weiter?**

Es ist abwegig, von der herrschenden Klasse, eine Veränderung der Verhältnisse zu erwarten. Bestenfalls werden, wie gegenwärtig, einige Geschenke in Vorbereitung der nächsten Wahlen verteilt. Schnell wird man das nicht nur rückgängig machen, sondern weitere Reformen zu Lasten der einfachen Menschen durchsetzen. Die Wirtschaft und ihre politischen Repräsentanten fordern das bereits vehement.

Der erzkonservative Kommunistenhasser Arnulf Baring erklärte uns schon im Jahre 1998 wo die Zukunft des Sozialstaates liegt.

*Jeder muss begreifen, dass er in Zukunft auf fast nichts anderes bauen kann als auf sich selber. Nehmen wir die Altersversorgung...*

*Viele Menschen werden sich künftig ganz von allein an irgendeinem Punkte, hoffentlich frühzeitig genug, Gedanken darüber machen, was aus Ihrem Leben werden soll, wenn sie eines nahen oder fernen Tages nicht mehr imstande sind, den eigenen Haushalt zu führen oder gar bettlägerig werden.*

*Es liegt sehr nahe, daß sie sich - sobald man den Staat, alle seine Behörden und Dienste vergessen kann - nach Leuten umsehen werden, die in ähnlicher Lage sind...*

*Auf diese Weise wird nicht den ganz Hinfälligen geholfen werden können, die gar nicht mehr aus dem Bett herauskommen. Aber die meisten anderen Fälle werden mit dieser neuartigen, gegenseitigen, **kostengünstigen** Lebens- und Sterbehilfe ganz gut über die Runden kommen.*

*Das wäre ein Beispiel gemeinschaftlicher Antwort auf eine neuartige Notlage. Dergleichen ist in vielen Bereichen zu erwarten, bei der Krankenpflege wie in anderen unverschuldeten Notlagen auch.<sup>14</sup>*

Über diese „anderen unverschuldeten Notlagen“ haben sich andere deutsche „Zukunftsforscher“ Gedanken gemacht. Meinhard Miegel sagt ungeschminkt:

*In der Rentenversicherung würde das dann so aussehen, dass es eine (geringe d.V.) Umlage finanzierte Grundsicherung gibt, was darüber hinaus geht, wird privat geregelt.*

*Bei der Kranken- und Pflegeversicherung. . . sollte es genau umgekehrt laufen. Die Grundversorgung muss der Einzelne in eigener Regie bewältigen. Aber wenn er unter einer besonders teuren Krankheit leidet, dann muss die Versicherung einspringen und die Kosten übernehmen. Diese Versicherung sollte nicht gesetzlich sein. Sie können sich das vorstellen wie eine KFZ - Versicherung. Wähle ich einen Vollkasko-Tarif, wird alles bezahlt. Entscheide ich mich für einen Selbstbehalt, wird die Versicherungsprämie günstiger... Selbst ein Sozialhilfeempfänger kann etwas auf die hohe Kante legen.<sup>15</sup>*

Was ist, wenn der Sozialhilfeempfänger ein besonders teures „Ersatzteil“ benötigt, für die er die Versicherungsprämie nicht aufbringen konnte?

Dann greift sicher die „kostengünstige Sterbehilfe“ nach Baring.

Das ist sie, die unverhüllte und ungeschminkte menschenverachtende Fratze des Kapitals, vertreten durch hoch dotierte und einflussreiche „wissenschaftliche“ Apologeten des Systems.

Menschen sind Schrottautos, für die man zur Reparatur private Kasko- und Haftpflichtversicherungen abschließt.

Und wenn sie nicht mehr zu reparieren sind, weil das Geld fehlt, schließt man sich unter Gleichgesinnten zu Kommunen für kostengünstige Sterbehilfe zusammen, einfach so, ohne Versicherung und sich selbst überlassen.

Wir sollten die Gefahr nicht unterschätzen, dass die Politik auf dem schlechtesten Wege ist, derartiges perverses Gedankengut beschleunigt in die Tat umzusetzen.

Wann wachen die Menschen in Deutschland endlich auf? Wann stoppen sie den wahnwitzigen Zug, der in den Abgrund fährt?

### **Was ist zu tun?**

Niemand von uns hat Patentrezepte, aber einige Gedanken möchte ich äußern und zur Diskussion stellen. Dabei nehme ich das begrüßenswerte Anliegen unserer heutigen Konferenz zum Ausgangspunkt. Aktionseinheit!

---

<sup>14</sup> Baring „Scheitert Deutschland“ – Knauer-Verlag 1998 – S.302/303

<sup>15</sup> Meinhard Miegel, Interview im Vermögensberater 2/2002

Die Situation unter den linken Kräften ist beklagenswert. Ich zitiere aus zwei Leserbriefen, die im letzten „Rotfuchs“ veröffentlicht sind.

*Die schlimmste Krankheit unter den Linken ist nicht ihre Zerstrittenheit, sondern ihre Selbstgenügsamkeit. Jeder weiß alles besser, wozu da streiten. Diese idiotische Borniertheit verhindert den für die natürliche, gesunde Entwicklung des Marxismus unerlässlichen Meinungsstreit, der statt der Zerstrittenheit die dialektische Kultur des Streits zu haben hat. Streitkultur setzt aber voraus, dass es was zu streiten gibt, dass unterschiedliche Forschungsergebnisse, Richtungen, ja sogar unterschiedliche marxistische Schulen nicht nur erlaubt, sondern natürlich und nützlich sind. – Dr. Gerhard Branstner, Berlin*

*Wir sollten trotz gravierender Unterschiede in den Auffassungen mehr die Gemeinsamkeiten der breiten Protestbewegung in den Mittelpunkt stellen. . . Die anderen „Linken“ und Protestbewegungen zu erreichen, erscheint mir heute mindestens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, als theoretische Fehlerdiskussionen und tief schürfende Rückblenden in die Vergangenheit anzustellen. Nach meiner Auffassung haben viele „Linke“ und Protestgruppen weniger ein Erkenntnis-, sondern mehr ein Umsetzungsproblem. – Klaus Librenz, Rostock*

Beide Auffassungen treffen m. E. ins Schwarze:

- Jeder weiß alles besser
- Fehlerdiskussion und Rückblenden überwiegen
- Diffamierungen unter den Linken kommen immer mehr in Mode
- Richtungweisende Konzepte fehlen
- Aktionseinheit ist nur ein Wort

Wir sollten als Linke uns endlich zu gemeinsamen Zielen und Aktionen verständigen und aufhören, im Glauben jeder habe die Wahrheit gepachtet, uns gegenseitig polemisch auseinander zu dividieren. Links ist nicht nur, wer die reine Lehre des Marxismus – Leninismus vertritt, sondern links sind alle Kräfte, die bereit sind, das verbrecherische kapitalistische System zu bekämpfen, um es letztlich zu überwinden. In der BRD sind nach aktuellen Umfragen 72 Prozent der Bevölkerung der Meinung, die schwarz-rote Regierung tue zu wenig für die soziale Gerechtigkeit.

Nur noch 22 Prozent sind der Auffassung, was der Wirtschaft nützt, ist auch gut für die Bevölkerung.

Das ist ein gewaltiges Protestpotential. Dieses Potential muss letztlich für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft gewonnen werden. Das ist unsere geschichtliche Verantwortung als Linke.

Deshalb sollten wir zwar Streitbar, aber achtungsvoll miteinander umgehen. Alle linken Aktivitäten, die gegen die Allmacht des Kapitals gerichtet sind, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Allein mit Losungen zum Klassenkampf werden wir die breiten Schichten der Bevölkerung ebenso wenig mobilisieren können, wie mit akademischen Streitschriften oder langen unverständlichen Parteipamphleten.

Ich begrüße deshalb sehr, nicht nur persönlich, sondern im Namen des OKV, das Anliegen der heutigen Veranstaltung: „Aktionseinheit gegen Neofaschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.“ Welcher Linker kann sich einer solchen Aktion entziehen?

Ich erkläre auch, dass wir es als unwichtig betrachten, wer in einem solchen Prozess die „Führungsrolle“ übernimmt. Wichtig ist, dass derartige Aktionen zustande kommen und ausgeweitet werden. Wir sind als überparteiliches Kuratorium vorbehaltlos zur gemeinsamen Arbeit bereit.

Wir sehen folgende Notwendigkeiten, um den weiteren Sozialabbau zu stoppen:

1. Wir sollten alle juristischen Wege beschreiten und ausschöpfen, wissend dass die Justiz Bestandteil dieses kapitalistischen Ausbeutersystems ist und nicht – wie suggeriert – etwa über den Klassen steht. Trotzdem: Eine Verfassungsklage gegen den Sozialabbau und damit die Verletzung elementarer Bestimmungen des Grundgesetzes ist überfällig. Wir werden damit kein höchstrichterliches Urteil zum Stopp des Sozialabbaues und zur Überführung von *Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum* gemäß Artikel 15 erwirken, aber wir werden die Öffentlichkeit erreichen und die Rolle der höchstrichterlichen Rechtsprechung entlarven. Wer übernimmt die Initiative?
2. Wir sollten unseren Druck auf die parlamentarische Opposition durch außerparlamentarische Maßnahmen erhöhen. Dazu wäre es erforderlich, linke Initiativen stärker zu bündeln und gemeinsame Aktionen zu verstärken. Es gibt viele linke Aktionen, aber überwiegend losgelöst voneinander. Die kann der politische Gegner ignorieren. Aber gemeinsam sind wir stark. Und man kann uns nicht auseinander dividieren. Es schmerzt, wenn linke Organisationen – aus welchen Motiven auch immer – sich vorrangig mit anderen linken Auffassungen auseinander setzen, statt den politischen Gegner anzugreifen.
3. Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner erfordert offenkundig auch ein Überdenken unseres Stils. Der Gegner kommt nicht zu uns, ignorieren ist für ihn mangels besserer Argumente immer noch die beste Methode der Auseinandersetzung. Also müssen wir zu ihm gehen. Müssen in seine Verleumdungspropaganda eindringen, wo das immer möglich ist, Eklats herbeiführen. Dort wo Volksverhetzer, wie die von mir zitierten Richard Schröder, Arnulf Baring, Meinhard Miegel und andere ihrer Gesinnungsgenossen öffentlich auftreten, sollten wir dabei sein, um ihre menschenverachtenden Lügen zu entlarven. Wenn Frau Schipanski ihre Verleumdungen über die DDR präsentiert, müssen wir mit unseren Argumenten dabei sein, um das Lügengespinnst zu entlarven. Dann ist uns auch die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Sensationsmedien gewiss.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kehre zum Ausgangspunkt meiner Rede zurück. Die rechtliche Verankerung und erst recht die Gewährung sozialer Grundrechte ist letztendlich nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich. Wenn diese Erkenntnis bereits das reaktionäre bürgerliche Spektrum in Person des Verfassungsrichters Papier erreicht hat, gilt es daraus die notwendige Schlussfolgerung zu ziehen. Der Kampf um die grundlegende Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung muss forciert werden. Die Vision einer sozialistischen Alternative muss in die programmatische Arbeit der Linken einziehen.

Angesichts der die Existenz großer Teile der Menschheit bedrohenden, rasant sich ausweitenden Aggression des internationalen Kapitals obliegt den Linken eine große geschichtliche Verantwortung. Nur wenn wir national und international uns stärker einigen, können wir dieser gerecht werden. Die Alternative „Sozialismus oder

Barbarei“ ist keine Frage einer fernen Zukunft. Sie wird zunehmend zu einer Herausforderung der Gegenwart.  
Stellen wir uns dieser Aufgabe!

**Die Würde aller Menschen ist unantastbar!**